

XIX. GP.-NR

Ne

1792

/J

1995 -07- 14

## ANFRAGE

der Abgeordneten Anschober

Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Landesverteidigung

betreffend den Verdacht der unbefugten Datenweitergabe heeresgeheimdienstlicher Akten.

Am 23. April erschien im KURIER unter dem Titel *“Linke Extremisten ausgebildet wie Wehrsportgruppen”* ein Foto eines angeblichen *“Trainings mit Schlagstöcken”*. Bei diesem Training handelte es sich in Wirklichkeit um ein vom 19. bis 21. April 1985 im Jugend- und Kulturclub “Taverne” in Michelstetten von einem damaligen Mitglied der “Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Gewaltfreiheit und Soziale Verteidigung” (heute “ARGE für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit”) durchgeführten “Training für gewaltfreie Aktionen und Zivilen Ungehorsam” in der Tradition von Gandhi und Martin Luther King.

Einer parlamentarischen Anfrage des Abgeordneten Paul Kiss vom 22. Juni dieses Jahres (XIX.GP.-NR, Nr. 1373/J) waren bis zu zehn Jahre alte und zum Großteil bereits vergriffene Artikel der Zeitschriften “Gewaltfreier Widerstand” und “Zeitschrift für Antimilitarismus” sowie ein Werbefolder für letztere beigelegt.

Es besteht der Verdacht der unbefugten Datenweitergabe durch Beamte einer Ihnen unterstehenden Behörde, insbesondere des Heereanachrichtenamtes (HNA) oder des Heeresabwehramtes (HAA).

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

## ANFRAGE:

1. Wurden die genannten Informationen oder Teile derselben von Beamten einer Ihnen unterstehenden Behörde – insbesondere HNA oder HAA – an die ÖVP, Journalisten – insbesondere des KURIERS – oder andere weitergegeben? Wenn ja, von wem und an wem?
2. Existieren heeresgeheimdienstliche Akten über
  - a. das von 19. bis 21. 4. 1985 im Jugend- und Kulturclub “Taverne” in Michelstetten oder andere von der ARGE Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit abgehaltene gewaltfreie Trainings;
  - b. die von Abgeordneten Kiss vorgelegten Artikel aus den Zeitschriften “Gewaltfreier Widerstand” und “Zeitschrift für Antimilitarismus”?

Wenn ja:

- 2.1. Bei welcher Behörde liegen diese Akten auf?
- 2.2. Was ist der Inhalt dieser Akten?
- 2.3. Welches sind die Quellen dieser Akten?
- 2.4. Beruhen Teile dieser Akten auf Informationen der Staatspolizei? Wenn ja, welche?
- 2.5. Haben Angehörige des HNA, des HAA oder andere Ihnen unterstehende Beamte an den unter 2.a. genannten Treffen teilgenommen?
- 2.6. Existieren bei HNA oder HAA Fotos über die unter 2.a. genannten Treffen? Wenn ja: Wurden diese Fotos von Beamten des HNA bzw. des HAA aufgenommen? Wenn nicht, wie gelangten diese in den Besitz der Fotos?
- 2.7. Aus welchem Grund wurden diese Akten angelegt? Welche Gefahr ging bzw. geht von
  - gewaltfreien Trainings und
  - Artikeln der Zeitschriften "Gewaltfreier Widerstand" und "Zeitschrift für Antimilitarismus" aus?
3. Halten Sie Wehrdienstverweigerung und Berichterstattung über diese für eine Gefahr für die Sicherheit dieses Landes, die eine heeresgeheimdienstliche Überwachung rechtfertigt ?

## **Beilagen**

Ausschnitte aus KURIER vom 23. 4.

Beilagen des Abgeordneten Paul Kiss zu seiner Anfrage vom 22. Juni dieses Jahres (XIX.GP.-NR, Nr. 1373/J) betreffend die Zeitschriften "Gewaltfreier Widerstand" und "Zeitschrift für Antimilitarismus"

Gleichzeitig fahnden die Kriminalisten nach Gregor Thalers Freundin, Beate

einen „geheimen Akt“ in der Stadtpolitik für die KP tätig.

Die Fahnder haben je-

Eder, La Garde, Linde

Fahnder suchen Freundin von Gregor Thaler

## Linke Extremisten ausgebildet wie Wehrsportgruppen

Egal, ob bei einer Aktion des „Revolutionsbräuhofes“, einer Operation der „Schwarzen Distel“ oder nur bei einer Demonstration der „Antimilitaristischen Gruppe Wien“ für irgendeinen Wehrdienst-Totalverweigerer: Die mutmaßlichen Terroristen von Ebergassing, Gregor Thaler und Peter Konicek, waren immer dabei. Es waren ausschließlich „linke“ Aktivitäten. Eine Szene, die von manchen als dezidiert harmlos bezeichnet wurde.

Harmlos war es sicher nicht, als die Anarchisten zugunsten eines wehrunwilligen Ex-Libanesen im Jänner 1988 vor dem Kreisgericht Korneuburg skandierten: „Richtet die Richter – von selbst krepier'n sie nicht!“ Konicek schwang dazu die schwarze Anarchisten-Fahne.

Ab Hainburg zeichnete sich die Gewalt bereits ab

An die angebliche Gewaltlosigkeit von „Spontis“ und „Fundis“ aus der Anarchoszene wollten Staatschützer schon nach den Geschehnissen um das verhinderte Kraftwerk Hainburg nicht so recht glauben. Mitte der 80er Jahre organisierten nämlich Links-Extremisten in einem Bauernhof in Mischelstetten, NÖ, das, was bei den Rechten als „Wehrsportgruppe“ traurige Berühmtheit erlangte.



Training mit Schlagstöcken war ein Teil des Ausbildungsprogrammes für linke Aktivisten

Die „Kämpfer“-Gruppen trugen offen ihre Namen

Trainiert wurde mit Schlagstöcken, wie man die Polizei bei gewaltsamen Besetzungen abwehrt, wie man Menschenkugeln bildet und ähnliches.

Die Zentren potentieller Links-Terroristen waren leicht zu orten, denn sie trugen und trugen offen Namen wie „Rotstilzchen“

oder „Arge für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit“. Dazu gehört die öffentlich subventionierte Anarchistenpostille „TaT-blatt“.

In dieser beklagte einmal der offensichtliche Urheber eines mißglückten Bombenanschlages gegen die Baufirma Hazet (sie war am Aegidigassen-Haus-Abbruch beteiligt) anonym die Unzuverlässigkeit der handelsübli-

chen Wecker. Außerdem, so wurde dort geraten, sollte nächstens das Schloß Belvedere brennen...

Die Profilierungsversuche der Autonomen sind zahlreich, wurden aber wegen besonderer Erfolglosigkeit von der Exekutive meist nur als „Vandalenakte“ registriert. So nannten sich unbekannte Kraftwerksgegner im Oktober 1986 „Sägefische“ und sägten in der Nähe des Reaktorzentrums Seibersdorf bei Wasenbruck alle vier stählernen Füße eines ÖBB-Strommastes durch.

ÖBB-Mast blieb trotz der angesägten Beine stehen

Der blieb aber trotzdem stehen. Und konnte nicht – wie offensichtlich geplant – eine EVN-Leitung mitreißen. In einem hinterlassenen Flugblatt mokierten sich die Strom-Terroristen über „diverse Sauereien der E-Wirtschaft“, Nagymaros zum Beispiel.

Kleinere, aber ebenfalls unbeachtete Sabotageakte wurden bis zum Oktober 1994 registriert.

Zuletzt bohrten mutmaßliche Anarchisten auf einer Baustelle beim Gaskraftwerk Korneuburg Hunderte kleine Löcher in Gasrohre.



Bei Demonstrationen wurde Gewalttätigkeit offen auf Transparenten kundgetan

### SP-Kritik

Nebenpr Wiener S teitages, b mann Mi die Wiene Kampf ge der aufrie Mikrofone Kritik am kenon S ster Caspa Grund: Eir nen Zu zwischen c attentat au autobahn“ der linl mistenszer

JURIST, 23. 4. 1995

[www.parlament.gov.at](http://www.parlament.gov.at)

**Schlechte Zeiten für AntimilitaristInnen.** Doch wir müssen die antimilitaristische Arbeit fortführen, bevor auch uns die neokonservative Welle weghewemmt. Das Militär als Schule der Nation zu hawken zieht keine Bildungslücken nach sich, wohl er, wenn seine Rolle als Quelle struktureller Gewalt im zivilen Bereich verkannt wird. Friede ist mehr als Waffenstillstand, heißt es, aber stehen die Waffen still? Löwen und Draken steigen. Die Demokratie steht bald vor militärischem Sperrgebiet. Der Militarismus tief Wurzeln in der Gesellschaft, der Antimilitarismus braucht sie, sonst haben wir bald keine Gesell-

**A** Iso gibt es jetzt eine Zeit<sup>ung</sup> für Antimilitarismus, kurz ZAM. Der Antimilitarismus in Österreich hat zwar eine breite Basis, die aber weder organisiert ist noch ihren Ausdruck findet; zu groß ist die Propaganda der sogenannten unabhängigen Medienmacht. "Gegen das Militär zu sein" ist allein kein wirksames Programm. Antimilitarismus ist mehr als nur "gegen das Militär". Antimilitarismus heißt, neue Formen der Gesellschaft zu suchen, gewaltarme Formen, ohne Unterdrückung und Menschenverachtung. Antimilitarismus ist eine Utopie. Antimilitarismus ist keine Ideologie, denn Ideologie ist nur eine Antwort dafür, sich an der Wirklichkeit vorbeizumogeln. Daher steht kein herrschaftlicher Leitbegriff an der Spitze der Bewegung, kein Schlagwort, das mitschlägt, Tatsachen zu unterschlagen. Das Militär abzuschaffen, ist aber ein Sprengsatz für die Gewaltlogik der Macht, denn die Lügegebäude der Herrschenden hält nur durch den Zement Militär. Wer das Militär anerkennt, anerkennt auch seine Struktur, seine Autorität über und seine Forderungen an den Rest der Gesellschaft. Er/Sie muß sich seiner Logik anpassen und sich auf seine Normen reduzieren. Denn es gibt keine anderen zu, sonst würde es aufhören zu existieren. Das wollen wir ja. Militär und Gedankensfreiheit sind Gegensätze. Also erkennen wir das Militär nicht an, und mit jeder Aberkennung bröckelt das Fundament der herrschenden Klasse, bis es bricht.

Industrie, Militär und Politik. Dieser Filz erlaubt nicht, Scheuklappen aufzubohren, wenn Themen etwas abseits der reinen Heereskritik liegen. Was sich durch die Militärgewalt in der Psyche eingräbt, läßt anderwärts Mythen blühen - die Arbeit ist wirklich breit gestreut. Keine Zeit für Ruhepausen und Lorbeeren.

Das Militär zu entblößen, bedarf es nur wenig, wir brauchen es nur zu zitieren; die Aussagen sprechen für sich selbst, wenn also der mythologischen Glorie geraubt werden. So wichtig es ist, gegen das Militär

muscle fiber



25

ARGE ZIVILDIENT  
Schottengasse 3a/1/59  
1010 Wien

Anmerkungen:

# Was ist

Die Zeitschrift für Antimilitarismus ist Österreichs einzige antiautoritäre Zeitschrift. Wir berichten regelmäßig über aktuelle, aber auch grundsätzliche zu den Themen Militär- und Rüstungskritik, Wehrdienstverweigerung in Österreich und international sowie über friedenspolitische Aktionen und Aktivitäten.

Herausgegeben wird ZAM von der Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit, die bisher, sowohl in Wien (Gewaltfreier Widerstand) wie auch in Graz (Uradolla) eine eigene Zeitschrift produziert. Beide Zeitschriften können auf eine bereits zehnjährige Geschichte zurückblicken. Durch die Zusammenarbeit dieser beiden Redaktionen können wir nicht nur ein größeres Publikum erreichen, sondern auch öfter erscheinen, die aktuellsten Informationen bieten. Ab Anfang Februar 89 werden wir in einem sechsmonatigen Rhythmus, mit einer kleinen Pause in den Sommermonaten, erscheinen. Das bedeutet nicht statt bisher monatlich im Jahr. Abwechselnd wird die 'federführende Redaktion' in Wien und in Graz die Hauptarbeit übernehmen und Euch hoffentlich viel Lesenswertes bieten.

Viel Vergnügen beim Lesen von ZAM.

## Folgende Materialien könnt ihr bei uns bestellen

- Weisbuch Landesverteidigung: Kritik der militärischen Sicherheitspolitik in Österreich 30,-
- Soziale Verteidigung zur basalen demokratischen Konzeption 25,-
- Zivildienst: Von der Antragstellung, ordentlichen und außerordentlichen ZD 25,-
- TV-News: Materialien zur Totalverweigerung in Österreich 20,-
- Raketenaufrüstung in Österreich 20,- Vom staatsvertraglichen Verbot bis zur Nato Angliederung
- Abfangjäger Das 2. Millardenspiel 15,-
- Schatten über Österreich 10,-
- Stoppt die Atomtests 10,-

ZIVILDienst und  
TOTALVERWEIGERUNG  
in ÖSTEREICH  
WAFFENMARKT und  
ÖSTERREICH  
FRIEDENSGEFANGENE  
MATERIELLE und  
GEISTIGE  
AUFRÜSTUNG  
SPRACHGEWALT  
WEHRPFLICHT  
BEFREJUNGEN und  
MILITARSTRAFEN

1989

plieren. Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der nüchternen Alltagsgewalt tut not. Also werden auch regieren und darüber berichten, uns aber nicht von seinem Still leiten lassen. Militär und Staat sind untrennbar miteinander verknüpft. Also stellen wir den Staat in Frage; internationale Zusammenarbeit ist notwendig. Weltweit verweigern Menschen den Kriegsdienst. Eine klare Zielvorstellung gibt es nicht und soll es nicht geben. Gesellschaft entwickelt sich und Militär friert so ein. Disbrecher. Nicht nur SoldatInnen sollen befreit werden.

- Ich bestelle ein Abonnement der Zeitschrift für Antimilitarismus. Dless erscheint achtmal im Jahr. Das Abonnement kostet: 150,- ÖS/Jahr. Auslandsabonnement: 250,- ÖS / 36,- DM / 32,- SFR
- Ich möchte Mitglied bei der Arbeitsgemeinschaft (Ur: Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit, werden (inkl. einem Abo ZAM). Mitgliedsbeitrag 250,- ÖS/Jahr für Werktätige / 200,- ÖS für Nichtwerktätige
- Ich bestelle die aktuelle Nummer von ZAM zum Preis von 25,- ÖS.

Die Bestellung ist innerhalb von 14 Tagen schriftlich kündbar. Ich zahle den Abonnement/Mitgliedsbeitrag auf das DAWAG-Konto Nr. 10010-670-573 Bankleitzahl 14000 ein. Das Abonnement/die Mitgliedschaft läuft ab Eintreffen der Einzahle.

Meine Anschrift:

Name

Strasse

PLZ

Datum Unterschrift

# INHALT

## Grundlagen

Soziale Verteidigung - Zugänge zum Thema.....3  
Warum und wie begann man - von verschiedenen  
Seiten her - sich mit SV zu beschäftigen?

Vier Säulen des Widerstandes.....5  
Vier tragende Grundprinzipien der SV

Drei - Phasen - Modell.....7  
Protest - Nichtzusammenarbeit - öffentliche  
Konfrontation

## Historische Beispiele

CSSR 68: Worte gegen Gewehre.....10  
Über den Widerstand der Tschechen und Slowaken  
gegen den Eimarsch der Warschauer Pakt Truppen  
am 21. August 1968

Nichtzusammenarbeit - Schwejk Methode.....15  
Aus der Serie "Soziale Verteidigung - Spezial-  
probleme" eine Auseinandersetzung mit der  
literarischen Figur des "braven Soldaten Schwejk"

Die Gewaltfreie Aktion.....16  
Eine Buchbesprechung

Gewaltfreie Befreiung in Lateinamerika ?  
Ist ein gewaltfreier Weg zur Befreiung  
Lateinamerikas möglich? Zwei Beispiele  
gewaltfreier Aktion: El Salvador 1944 und Chile

## Diskussion

SV mit/neben/gegen das Militär.....  
Darstellung der Diskussion um verschiedene  
Einschätzungen und Strategien der SV

Soziale Verteidigung - Flucht ins Modell.....  
SV als Ordnungskonzept für den Staat -  
ein gefährlicher Weg

verteidigungswert... ?.....  
Was wollen wir überhaupt verteidigen?

Soziale Verteidigung - Verteidigung der  
Gesellschaft gegen den Staat (Ein Rückblick)  
Pierre Ramus und der Bund herrschafts-  
loser Sozialisten - österr. Anarchisten  
als Vordenker für Soziale Verteidigung

## Als Mittelblatt:

Soziale Verteidigung in Österreich (Poster)  
Termin/Anzeigen/Materialliste

# EDITORIAL

Soziale Verteidigung ist ein Dauer-  
brenner für die Friedensbewegung.  
Doch hinter diesem Begriff stehen  
sehr verschiedene Konzepte und  
Strategien.

Manche basteln an möglichst  
realistischen Konzepten, um diese  
ihren Regierungen anzubieten. Diese  
sollen - per Dekret - von militär-  
ischer auf soziale Verteidigung um-  
rüsten. Als gälte es nichts weiter  
zu verändern als das Verteidigungs-  
konzept. Soziale Verteidigung de-  
generiert so zu einer "quasi-mili-  
täischen Verteidigung - ohne Waf-  
fen".

Wir meinen, daß soziale Vertei-  
digung nur in einer entmilitari-  
sierten Gesellschaft möglich  
wird. Diese aufzubauen, also der  
"Soziale Angriff" auf das Militär  
und den Militarismus, ist unser  
Ziel. Dies mit Methoden des ge-  
waltfreien Aufstandes. Am Weg zu  
dieser entmilitarisierten Gesell-

schaft üben die Basisgruppen auto-  
matisch jene Methoden, die als "So-  
ziale Verteidigung" dann beitragen  
sollen, diese neue Gesellschaft ge-  
gen bewaffnete Interventionen von  
innen und von aussen zu ver-  
teidigen.

Für alle, die mehr über SV wissen  
wollen, folgende Literaturtips:

- \*) Sondernummer der Zeitschrift  
"graswurzelrevolution" zum Thema  
soziale Verteidigung, (2000 Ham-  
burg 50, Nernstweg 32)
- \*) Wolfgang Koch: Soziale Verteidi-  
gung - zur basisdemokratischen  
Konzeption
- \*) Theodor Ebert: Soziale Verteidi-  
gung I; Soziale Verteidigung II;  
Gewaltfreier Aufstand - Alterna-  
tive zum Bürgerkrieg; Ziviler  
Ungehorsam - von der APO zur  
Friedensbewegung; alle: Wald-  
kircher Verlags GmbH.
- \*) Boserup/Mack: Krieg ohne Waffen  
(rororo 1710)

- \*) M.A.N. Gewaltfreier Kampf  
Selbstverwaltung (Zündholz)
- \*) Günther Gugel/Horn: Furt-  
wältfreie Aktion (Mat.7, 1984)  
f. Friedenspädagogik Tübingen
- \*) Günther Gugel: Gewaltfrei-  
ein Lebensprinzip (Mat.6, 1984)  
f. Friedenspädagogik Tübingen

Noch ein Wort zur Herbst-  
redaktion. Wir sind mit  
wenige Mitarbeiter/innen. Um  
Leute in die Redaktionsarbeit  
zuführen, planen wir für  
Wochenende Sa., den 5.10 u. So.  
6.10. 1985 ein Wochenendseminar  
Thema "Redaktionsarbeit  
GEWALTFREIEN WIDERSTAND"  
(Anmeldungen bitte sobald  
möglich, aber bis spätes-  
tens 1.9.1985 an die Redaktion)

Zum Schluß noch einige  
Redaktionstermine:  
Nachbesprechung der  
24. Juli 1985, 19 Uhr  
Redaktionsschluß Nr.5/85: 25.8.

## IMPRESSUM:

Verleger u. Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit  
1010 Wien, Schottengasse 3a/1/4/59 (Tel.: 0222/63 80 653) \*Redaktion: ebendort \*Hersteller: HTU,  
1040 Wien, Argentinierstr. 8 \* Redaktion: Gudrun Gerlitz, Bettina Kolb, Peter Kolba, Günther Ogris, Günter  
Wittek, Andreas Mader \* Mitarbeiter: Andreas Stadler, Ernst Chorherr, Wolfgang Koch, S. Münster, Peter  
Viktor Riemer \* Graphik-Mittelblatt: Dominik Gröbner \* Lay out: Bettina Kolb, Peter Kolba, Andreas Mader



# Drei-Phasen-Modell

Grundsätzlich lassen sich drei Phasen der Sozialen Verteidigung unterscheiden. Die Phase des Protests, der Nichtzusammenarbeit und der öffentlichen Konfrontation. Entwicklungstufen der nationalen oder regionalen Verteidigung können sich auch in der Mikrostruktur des einfachen Bürgerprotests zeigen. Man werde versuchen, das zu zeigen.

## Erste Phase - Protest

Alle Unzufriedenen erheben sich und verschmelzen zu einer Bewegung. Die Mittel sind traditioneller politischer Art: Demonstrationen, Kundgebungen, (befristeter) Streik, Schweigemärsche, Sitzprotest an symbolischen Orten, Wandzeitungen, Flugblätter, Plakate, Graffiti, Unterschriftenlisten, Deklarationen etc.

Drei Ziele hat der Protest:

den Zusammenhalt der Bevölkerung stärken und kollaborationswillige Personen sozial isolieren. Die Bevölkerung wird sich besonders in Massenveranstaltungen solidarisieren.

dem Gegner deutlich vor Augen führen, daß er unerwünscht ist, und daß der Okkupation nicht zustimmt, daß die Besetzung auf einem Bruch internationalen Rechts basiert und daß er mit Widerstand zu rechnen hat - hier kommt die Unterscheidung Kollektive/Person zur Anwendung, um den Widerstand in die Reihen des Gegners zu tragen.

der internationalen Öffentlichkeit deutlich machen, daß die Zivilbevölkerung gewillt ist, gegen Unrecht gewaltarmen Widerstand zu leisten, also Sympathien im Ausland zu suchen, das den Gegner durch Sanktionsmaßnahmen zu bedrängen sucht und dem Widerstand moralische und finanzielle Unterstützung zufließen läßt.

Protestphasen werden von verschiedener Dauer sein. Im Falle einer Okkupation durch eine fremde Macht, können sie über Wochen andauern. Spätestens zu diesem Zeitpunkt werden die Regeln des gewaltarmen Widerstandes breit diskutiert. Ein Organisationsnetz, zu dem im Untergrund, wird - sofern

es nicht schon vorhanden ist - aufgebaut. Demokratische Entscheidungsfindung ist das Prinzip.

Volkstvertreter werden im Untergrund verborgen oder im neutralen Ausland in Sicherheit gebracht. Eine Fluchtorganisation sorgt sich um verfolgte und bedrohte Personen.

Der Gegner wird im klassischen Fall einer Okkupation versuchen, Nutzen aus der Wirtschaft des attackierten Landes zu ziehen. Dieser Nutzen wird ihm konsequent verweigert, indem man an den alten legitimen Arbeitsweisen festhält.

Die wirtschaftliche Nichtzusam-



Der Protest selbst kann noch keinesfalls zum Abzug der fremden Truppen führen, erzeugt er doch nur jenen Druck auf den Gegner, den er bereits miteinkalkuliert hat. Er verspricht sich den Verlust internationaler Reputation durch längerfristigen Nutzen wettzumachen.

Die sozialen Verteidiger beziehen in den ersten Wochen Position, isolieren Kollaborateure und bewaffnete Widerständler und bauen eine Kommunikationsstruktur auf. Der geduldige Kampf der Nichtzusammenarbeit steht bevor.

Im sozialen Angriff entspricht die Protestphase jenem ersten Schritt, mit dem eine Initiative von Bürgern z.B. beginnt, Leserbriefe zu schreiben und Unterschriften zu sammeln.

## Zweite Phase - Nichtzusammenarbeit

Die Nichtzusammenarbeit hat zwei Gesichter: das wirtschaftliche und das des zivilen Alltagslebens.

menarbeit hat das Ziel, die Kosten des Gegners höher zu schrauben, als der Nutzen ist, den er aus der Besetzung hat. Die Methode ist einfach: Arbeiter, Angestellte, Beamte und Bauern verbleiben auf ihren Arbeitsplätzen und handeln wie bisher, d.h. so wie es die gültige Verfassung und wie es die eigenen Produktionspläne vorsehen.

Aus diesem Grund haben Mitbestimmung und Selbstverwaltung der Betriebe eine bedeutende Funktion. Ohne sie ist die Identifikation mit der Arbeit kaum gegeben.

Die Rechnung der Verteidiger ist einfach: die Gehorsamsverweigerung zwingt den Besatzer zum Großeinsatz eigenen Personals. Will er seine Produktionsziele durchsetzen, muß er seine Truppen dezentralisieren. Der Gegner schickt seine Soldaten ins Niemandsland des gewaltarmen Widerstands. Der subversive Dialog findet unzählige neue Angriffspunkte. Der Gegner gefährdet die Gehorsamstreue seiner Gefolgschaft.



Hält der Gegner an seinen Ausbeutungszielen fest, bringt ihn exemplarischer Terror dem Ziel nicht näher. Schon rein numerisch ist es kaum möglich, hinter jeden Werktätigen einen Wachposten zu stellen. Der Angreifer wird gezwungen, das Fachpersonal auszutauschen. Zu diesem Zweck muß er praktisch für jeden Facharbeiter einen entsprechend geschulten Ersatzmann bereitstellen. Die Zahl der Kollaborateure wird dazu keineswegs ausreichen. Der Gegner muß also zusätzlich zum militärischen Potential eine große Anzahl von zivilen Fachkräften aus dem Ursprungsland einführen. Das erhöht seine Kosten ganz immens!

Halten die Verteidiger die Nichtzusammenarbeit konsequent durch, übersteigen die Kosten für Dezentralisierung und Ersatzfachkräfte sehr wahrscheinlich den Nutzen, den der Gegner sich aus der Besatzung erwartet hat. Das Ziel der Okkupation würde verfehlt, die Heimkehr rückt in den Bereich des Möglichen.

Dort aber, wo es dem Gegner punktuell gelingt, die Produktion in seine Hände zu bekommen, wird der Widerstand zu subversiven Methoden übergehen: Sabotage, Verzögerung, Materialverschleiß, Blaupausen, Krankfeiern - alle jene Methoden, die die Arbeiterbewegung seit jeher gegen den mörderischen Takt der Maschine erfolgreich zur Anwendung bringt. Es sind Methoden, die unter der Oberfläche der politischen Diskussionen wirksamere Kreise zogen, als diese je vermochten.

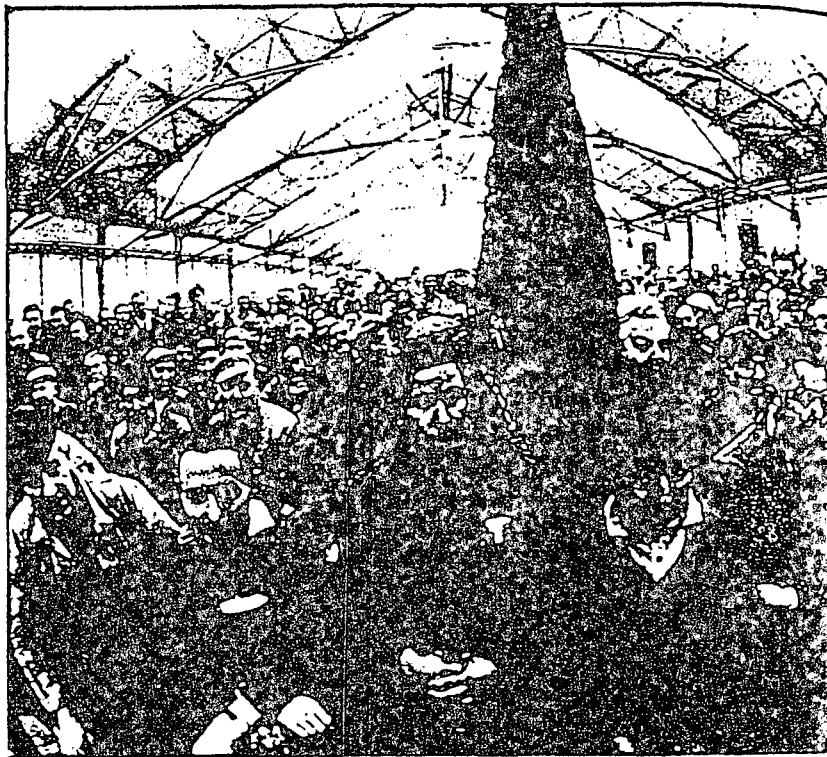
Die Methode der wirtschaftlichen Nichtzusammenarbeit ist genaugenommen das Gegenteil von Streik, welcher in der ersten Phase noch eine gewisse solidarisierte Funktion hatte.

Das zweite Gesicht der Nichtzusammenarbeit: der Zivile Ungehorsam. In der Freizeit, im öffentlichen Verkehr, im Privatleben werden die vom Gegner verhängten Ausnahmezustände massenweise ignoriert. Man hält sich an die bestehenden Gesetze und verteidigt ihre Gültigkeit. Das bedeutet Rückzug aus kollaborierenden Institutionen, Nichtteilnahme an bestimmten sozialen und sportlichen Ereignissen, wirtschaftlichen Boykott durch Käuferstreik, Händlerboykott, Steuerverweigerung, Verweigerung von Gehorsam gegenüber bestimmten Behörden, usw.

Verhängt der Gegner z.B. ein Ausgehverbot oder eine nächtliche

Ausgangssperre, so werden die sozialen Verteidiger - falls Aussicht auf breite Gefolgschaft besteht - diese Verbote ignorieren. Ziviler Ungehorsam ist die bewußte Übertretung ungerechter Gesetze - eine der

test durch die Aktionen kleiner geschlossener Gruppen abgelöst. Sie sind in einer Widerstandstaktik netzartig miteinander verbunden und koordinieren ihre Handlungen.



ältesten und erprobtesten Formen gewaltarmen Widerstands.

Ob für Ungehorsam vorgesehene Strafen demonstrativ angenommen werden, um den Ernst der eigenen Haltung noch zu unterstreichen, oder ob man sich der Bestrafung entzieht, das hängt von der Analyse der Situation ab. Für beide Reaktionen kennt die Geschichte der Gewaltarmut Beispiele. Die Entscheidung liegt bei jeder einzelnen, sich zur Aktion bekennenden Gruppe.

Zusammenfassung: Die wirtschaftliche Nichtzusammenarbeit zielt auf die Kosten-Nutzen-Rechnung des Gegners ab. Sie hat praktischen machtpolitischen Wert.

Der Zivile Ungehorsam führt die Aufgaben des Protestes fort, indem er Öffentlichkeit schafft und auf die Unrechtssituationen hinweist. Er begleitet die wirtschaftliche Nichtzusammenarbeit im Alltag und wird darum vorwiegend von Gruppen der Bevölkerung getragen, deren Widerstand auch über Monate der Existenz des Landes keinen Schaden zufügt: das sind die Sektoren des Sports, der Schule und Universität und der Kirche. Sie führen den Protest in neuer Qualität fort. Neue Qualität meint, daß der Massenpro-

Nichtzusammenarbeit heute Beispiel:

Bekanntlich versucht der österreichische Staat seine Wehrdienstverweigerer für den Einsatz außerordentlichen Zivildienst: Sachen Zivilschutz und Hilfsdienst zu schulen. Die Friedensbewegung und die Selbstorganisation Wehrdienstverweigerer protestieren gegen diese Einbindung in die militärisch dominierte Umfassende Landesverteidigung. Aus der Phase des Protestes ist der Widerstand übergegangen in die Phase der Nichtzusammenarbeit getreten. Die pazifistischen Organisationen verweigern eine Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium im sogenannten Grundwehrlehrgang und versuchen Gegenveranstaltungen anzubieten.

Dritte Phase - Öffentliche Konfrontation

Während sich in der ersten Phase der Widerstand konsolidiert, entfaltet der zweiten seine taktischen Kriegsziele zu verweigern. In der dritten Phase der Widerstand zur Gegenoffensive über.

Nun wartet man nicht mehr die Reaktionen des Gegners ab, sondern führt die Konfrontation durch gegenoffensive, direkte Aktionen.

Schon die Nichtzusammenarbeit beginnt nur beginnen, weil ihr breiter Protest vorausging. Die öffentliche Konfrontation ist nur sinnvoll, wenn die Nichtzusammenarbeit Erfolg war und sich die Verteidiger ihrer sozialen Methoden versichert sind. Die Geschlossenheit des Lagers muß der des Gegners überlegen sein.

Scheitert die Nichtzusammenarbeit, kehrt der Widerstand zum allgemeinen Protest zurück; scheitert die Gegenoffensive, kehrt die Nichtzusammenarbeit wieder.

Was versteht man unter öffentlicher Konfrontation? Auf der Ebene der gewaltarmen Aktion (einer Bürgerinitiative) ist das leicht zu beantworten: eine Gruppe verschafft sich unter Einsatz ihrer Körper mittels einer wohl vorbereiteten Aktion Öffentlichkeit, die sie sonst nicht bekommt. Sie versucht den Gegner durch Mittel, welche seine Person nicht verletzen oder gefährden, unter massiven Druck zu setzen.

Die öffentliche Konfrontation ist dritte Etappe der Sozialen Verteidigung sieht ähnliches vor:

- Ziviler Ungehorsam wird nun von größeren Schichten getragen

- symbolisch bedeutsame Orte wie öffentliche Plätze, Verwaltungsgebäude, Verkehrswege usw. werden blockiert oder besetzt

- wirtschaftliche Nichtzusammenarbeit erweitert sich um die Methode des umgekehrten Streiks, d.h. verkehrte Arbeiten werden durchgeführt

- der subversive Dialog wird intensiviert

- der Generalstreik als Höhepunkt der Gegenoffensive; seine Anwendung sorgfältig erwogen sein, da er Verteidiger auch schädigen kann.

Parallel zu diesen Kampfmitteln betreibt die Leitung des Widerstands gegen den Gegner offiziell Verhandlungen, deren erste Bedingung der Rückzug aus dem besetzten Land ist. Weitere Forderungen: Wiedergutmachung, Freiheit für alle politischen Gefangenen, Abschluß internationaler Verträge.

Die dritte Phase der Verteidigung ist ein gewaltarmer Aufstand, bei dem der Verteidiger deutlich

seine moralische und methodische Überlegenheit und seine Durchhaltekraft zeigt. Die Verteidigung strebt in den Rückzugsverhandlungen keine Demütigung des Gegners an. Er soll sein Gesicht wahren können. Man will ja einen Sieg erringen, an dem der Gegner teilhat, einen Sieg, der mit Freund und Feind ein Ende macht.

Die Gegenoffensive setzt nicht nur eine gewisse Stärke der Verteidigung voraus, sondern auch funktionierende Kommunikationsstrukturen und eine Volksvertretung im Untergrund.

Zur öffentlichen Konfrontation gehört, daß einzelne Einrichtungen, die am Beginn der Verteidigung in den Untergrund ausweichen mußten, wieder und demonstrativ öffentlich gemacht werden, gewiß nicht alle. Immer noch kann die Soziale Verteidigung scheitern. In dem Fall würde Nichtzusammenarbeit und Untergrundtätigkeit wiederkehren.

Entscheidungsstrukturen (Volksversammlung des Widerstandes) und Teile des Nachrichtenwesens wird man versuchen, wieder öffentlich zu machen. Ähnlich dem umgekehrten Streik stellt das eine Erweiterung der Nichtzusammenarbeit dar. Es demonstriert die herübergeretteten Freiheiten und normalisiert zu-



gleich den Alltag. Das ist von Bedeutung, weil man sich den Rückzug eines militärischen Gegners keinesfalls so vorstellen sollte wie manche Revolutionäre die Revolution als Tag X, von dem ab alles anders ist.

Für die beiden ersten Etappen liefert die Geschichte genügend Beispiele, die trotz ihres spontanen, nichtvorbereiteten Charakters erfolgreich waren. Der utopische Kern des Modells liegt in der Gegenoffensive. Einige Anhaltspunkte gibt der Ruhrkampf 1923.

Wie alle theoretischen Überlegungen geht auch dieses Modell vom

Idealfall aus. Das ist sein Mangel.

Warum diese Ideen keine detaillierten, wissenschaftlichen Ausformulierungen enthalten, hat nichts mit dem Glauben an ihre Praktikierbarkeit zu tun. Der tiefere Grund ist vielmehr, daß die Kriegsszenarios der Sozialen Verteidigung einer demokratischen Willensbildung im praktischen Widerstand unterworfen sein müssen. Planspiele am grünen Tisch kann man weitgehend den Militärs überlassen.

Zum anderen verlangt Gewaltarmut Strukturen, die heute nicht gegeben sind. Man denke nur an die angeschnittene Frage der betrieblichen Selbstbestimmung, die heute von einem gewerkschaftlichen Wasserkopf in ihr Gegenteil verkehrt wird.

Im Grunde geht es nicht einmal um das Wissen über diese Begriffe Protest, Nichtzusammenarbeit, öffentliche Konfrontation. Eine Soziale Verteidigung ist denkbar und wahrscheinlich, ohne daß verteidigungspolitische Massenideologien Verbreitung finden. Ja, die Verteidigung einer Region mit gewaltarmen Mitteln ist wohl möglich, ohne daß der Begriff der Sozialen Verteidigung dort fällt. Ruhrkampf und Widerstand in der CSSR 1968 liefen unter der Bezeichnung "Passive Resistenz".

Dieses Modell ergibt sich aus Schlußfolgerungen aus den historischen Erfahrungen und der unterschiedlichen Wirkungsweise gewaltarmer Methoden. Über 120 Aktionsformen hat Gene Sharp aufgelistet. Jede Unrechtssituation kann mit wirksamen oder unwirksamen, mit richtigen oder falschen Mitteln beantwortet werden. Gewaltarmut benötigt strategisches Denken. Das Drei-Phasen-Modell erlaubt eine grobe Zuordnung. Die historischen Konfliktfälle haben auch Fehler vor Augen geführt, die es in Zukunft zu vermeiden gilt.

Letztendlich empfiehlt der gesunde Menschenverstand die Unterscheidungen. Überall, wo basisdemokratische Initiativen gegen ihr punktuell Problem vorgehen, werden sie ihre Schritte ausweiten und die Aktivisten zugleich politische Lernschritte vollziehen, die diesem Modell folgen: Protest - Nichtzusammenarbeit - öffentliche Konfrontation. Das Zwingende der gewaltarmen Kampfmittel ist ihre Verankerung im demokratischen Bewußtsein. Diese Werkzeuge sind das Erbe der bürgerlich-demokratischen Revolution.

Wolfgang Koch

# BEZUGSGRUPPEN

Wolfgang Korch, der Autor der Broschüre "Soziale Verteidigung - zur basisdemokratischen Konzeption" hat sich mit einigen Spezialproblemen der Sozialen Verteidigung beschäftigt. Das Thema Bezugsgruppe ist der sechste Teil einer achteiligen Serie.

Die Idee, zur Durchführung gewaltfreier Aktionen kleine Gruppen zu bilden, ist von besonderer Bedeutung, weil sie nicht auf einem Schreibtisch entworfen wurde, sondern direkt aus der Praxis stammt. Während man sich in Bürgerinitiativen zusammenschließt, um zu protestieren, tut man es in Bezugsgruppen, um gemeinsam Widerstand zu leisten. In der Anti-AKW-Bewegung in den USA ist das Modell der Bezugsgruppen inzwischen soweit entwickelt, daß kaum noch eine Aktion, vor allem, wenn es sich um eine direkte gewaltfreie Aktion mit zivilem Ungehorsam handelt, ohne die Anwendung dieses Modells durchgeführt wird.

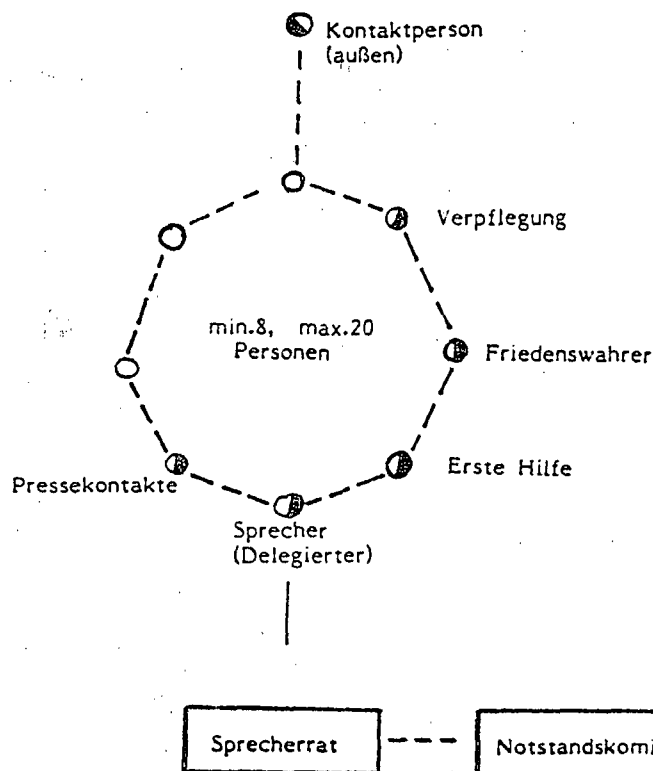
Neben dem Besuch eines Vorbereitungstrainings ist der Zusammenschluß der Teilnehmer zu Bezugsgruppen das zweite wichtige Kriterium für die Teilnahme an einer Gewaltfreien Aktion. Einzelne soll bei einer vorbereiteten Aktion niemand mitmachen können.

3. Eine Bezugsgruppe ist eine Gruppe von Leuten, die sich kennen, die sich u.a. gemeinsam auf Konfliktsituationen vorbereitet haben, sich gegenseitig ermutigen können, während der gesamten Aktion zusammenbleiben und sich selbständig verhalten. Diese Gruppe organisiert ihre Versorgung (Proviant, Unterkunft, Sanität) selbst.

Durch die Bezugsgruppenfindung, also das gegenseitige Kennenlernen und das Schaffen eines Vertrauensklimas, soll es möglich werden, die Anonymität vieler Besprechungen aufzuheben und sich in Angstsituationen gegenseitig zu unterstützen. Jeder soll aus der Nähe ihm bekannter Menschen Kraft schöpfen können. Dazu gehört es, Erwartungen und Gefühle darzustellen, genauso wie über das Aktionsvorhaben inhaltlich geredet werden muß.

## Struktur und Funktion der Bezugsgruppe

Jede Bezugsgruppe umfaßt mindestens acht, höchstens aber zwanzig Personen. Jede Gruppe versorgt sich für die Dauer ihrer Tätigkeit selbst mit Verpflegung. In der Regel wird sie, einschließlich den Wasservorräten, als Gemeinschaftsverpflegung organisiert.



Sechs Personen sind der Gruppe gegenüber für spezielle Aufgaben verantwortlich. Eine Person für die Verpflegung, eine für Erste Hilfe, eine Person für Pressekontakte und eine als Friedenswahrer. Der Friedenswahrer ist ein Ordner nach innen und außen zugleich: falls Provokateure auftauchen, soll er eingreifen; falls es bei langandauernden Streßsituationen innerhalb der Gruppe zu Auseinandersetzungen kommt, soll er sie schlichten.

Eine Person, die das Vertrauen der ganzen Gruppe hat, wird zum Sprecher der Gruppe gemacht und im Fall größerer Aktionen in den Sprecherrat gesandt. Eine weitere Person nimmt nicht direkt an der Auseinandersetzung teil, sondern hält die Kontakte zwischen Aktionsgruppe und "Außenwelt" aufrecht. Aufgaben der Kontaktperson sind etwa: Nahrungsmittelversorgung, Kontakte zu Angehörigen halten, Autos abstellen, Kontakt zum Rechtsanwalt herstellen, Geld sammeln.

## Konsensverfahren

Während der Aktion ist die Bezugsgruppe ein Instrument zur Absicherung der Teilnehmer. Allgemein ist sie die unterste Ebene der basisdemokratischen Entscheidungsfindung. D.h. die Bezugsgruppe ist mehr als nur eine entbürokrati-

sierte Vereinsform, sie ist die soziale Zelle jeder Bewegung.

Die Entscheidungsfindung verläuft nach dem Konsensverfahren. Es werden nicht Mehrheiten gesucht, die sich in einer Abstimmung durchsetzen, sondern Lösungen, die für alle tragbar sind. Das Ziel ist die Einheit, nicht aber die Einstimmigkeit.

Im Verlauf der Diskussionen er-

klärt sich jeder mit einer bestimmten Vorgangsweise einverstanden, falls ihr/ihm das möglich ist, ohne das Gefühl zu haben, übergangen worden zu sein. Mehrere Varianten müssen gesucht werden, und doch wird die tragbare Lösung nicht immer die optimale Lösung für jede/n sein.

Der Konsens kann von einzelnen blockiert werden, was einem Veto gleichkommt. Blockieren soll man nur, wenn starke moralische Gründe vorliegen. Eine andere Möglichkeit ist es, zu sagen, man werde sich lediglich nicht beteiligen, die Gruppe aber auch nicht hindern oder ihr ein schlechtes Gewissen machen.

Die zwei Grundlagen des Konsensverfahrens sind:

1. Die gegenseitige Achtung und Rücksichtnahme auf Gefühle, Bedürfnisse und Ängste der anderen. Es genügt nicht nur eine Übereinstimmung von politischen und weltanschaulichen Fragen, denn in der Situation gemeinsamer Belastung und Gefahr ist es sehr wichtig, daß man einander soweit vertrauen kann, daß man die gegenseitigen Grenzen, Schwächen und Stärken kennt.

\* Die (basisdemokratische) Vorstellung, daß es wichtig ist, daß tatsächlich alle Gruppenmitglieder mitarbeiten und mitentscheiden. Man muß darüber reden dürfen, daß man Angst hat; auch über die Angst, von alten, erfahrenen Hasen belächelt zu werden. Auch wenn sich Ängste als politische Argumentation verkleiden, muß man sie erst einmal erkennen, damit sie nicht ignoriert werden. Bezugsgruppen sind nicht dazu da, politisches Fraktionieren zu entlarven und zu verbieten. Hinter den unterschiedlichen Argumentationen stehen tatsächlich oft subjektive Verarbeitungen. Offen über Angst statt über Politik zu reden, ist immer erst das Ergebnis eines längeren Diskussionsprozesses, das Ergebnis vertrauensvoller Gruppenarbeit.

Da niemand ausgegliedert wird, weil jeder für die getroffene Entscheidung mitverantwortlich ist, muß die Entscheidung jeder bewußt getroffen haben. Wird kein Konsens gefunden, muß nach einem anderen Lösungsvorschlag gesucht werden. Dieses Verfahren führt oft zu langen Diskussionen.

Zumindest im Aktionsverlauf sind der Diskussion zeitliche Schranken gesetzt. Darum ist es nicht unklug, das Treffen von raschen Entscheidungen vorher zu üben. Das Ziel der

Übungen ist es, wenigstens die denkbaren Lösungen für die verschiedenen Situationen auszusprechen. Grundsatzfragen können während einer gewaltfreien Aktion nicht mehr erörtert werden.

### Fünf Arbeitsschritte

1. Aktionsziel: Zur Verantwortung der Organisatoren gehört es, klar, unmißverständlich und öffentlich bekanntzugeben, was genau das Ziel der Aktion ist, mit welchen Mitteln welche Wirkung verfolgt wird und welchen Erfolg man sich verspricht.

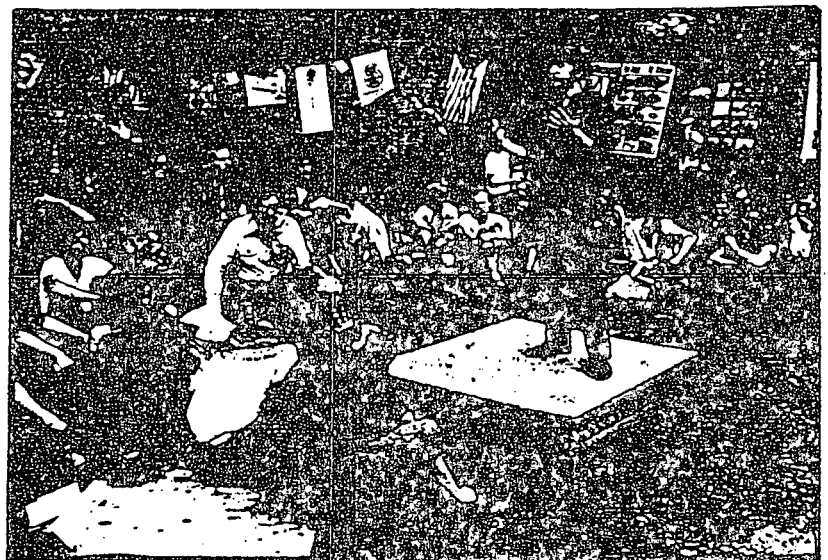
2. Teilnahmebedingungen: Festgelegt wird, wo und wann sich Teilnehmer anzumelden haben und ob, wo und wann an einem Vorbereitungstraining teilgenommen werden muß. Bei der Anmeldung werden Name, Adresse sowie Telefonnummern von Verwandten notiert. Festgelegt werden weiters allgemeine Verhaltensregeln, z.B.: keine Hunde oder andere Tiere mitbringen; kein Alkohol und keine Drogen; keine Beschädigung von Eigentum; kein Versuch, Polizeisperren zu durchbrechen; zusammenbleiben nach Einbruch der Dunkelheit; hinsetzen bei Konfron-

tionen müssen erarbeitet werden, auch in Rollenspielen. Zu diesen Vorbereitungen gehören weiters die Bereitstellung von Ordnern in ausreichender Zahl, falls sie nötig erachtet werden, die Einweihung der Behörden, die auch nur eine sachliche Anmeldung sein kann, und die Vorsorge dafür, daß alle Teilnehmer über die möglichen gesundheitlichen und strafrechtlichen Folgen informiert sind. Ist die Entscheidungsfindung geübt und sind die Entscheidungsträger für Notsituationen bestimmt, dürfen diese davon ausgehen, daß alle Mitglieder und Teilnehmer ihre Aufforderungen als verbindlich betrachten werden.

4. Durchführung der Aktion: Nach den in den drei ersten Schritten festgelegten Regeln.

5. Auswertung: In einer Nachbesprechung werden die Erfahrungen ausgetauscht und die Wirkung auf die gesteckten Ziele hin überprüft. Die Behandlung eventuell aus der Aktion entstandener Probleme - etwa strafrechtliche Verfolgungen - muß gemeinsam geregelt werden.

### Sprecherrat



tation. Alle Teilnehmer müssen den Teilnahmebedingungen zustimmen.

3. Verlaufsplanung: Die Planung des Aktionsverlaufs erfolgt durch alle Teilnehmer gemeinsam. Dazu gehört es, festzulegen, unter welchen Bedingungen die Aktion eventuell abgebrochen wird und auf welche Weise das alle sicher erfahren. Verschiedene Konfrontationsmöglich-

Das wichtigste Arbeitsfeld gewaltfreier Gruppen ist zunächst einmal die Tätigkeit im Bereich Ökologie und Frieden an ihrem Wohnort. Als in Bezugsgruppen organisierte Kleingruppen können sie sich zeitweilig zu gemeinsamen größeren Aktionen zusammenschließen. Oder umgekehrt: Im Rahmen größerer Veranstaltungen schließen sich Teilnehmer zu Bezugsgruppen zusammen.

In beiden Fällen müssen die Bezugsgruppen zu einer Koordination finden - dazu dient der Sprecherrat.

Die Sprecher der Bezugsgruppen bringen die Ergebnisse der Diskussion in den Sprecherrat ein. Hier kann ein Sprecher nicht nach eigenem Gutdünken agieren, sondern ist an das Votum der Gruppe gebunden. Die Sprecherfunktion kann auch prinzipiell rotieren.

Alle anstehenden Probleme werden zuerst in den Bezugsgruppen diskutiert. Lösungsvorschläge werden dann in den Sprecherrat getragen, gesammelt und beraten. Die Aufgabe des Sprecherrats ist es nicht, die offenen Probleme zu bewerten, sondern nur, nach einer gemeinsamen Entscheidung zu suchen. Ergibt sich keine, werden die Ideen neuerlich in den Bezugsgruppen diskutiert. Die Sprecher müssen hierbei oft viele Male hin- und herpendeln. Im dem Wechselspiel zwischen Bezugsgruppen und Sprecherrat soll eine für alle tragfähige Entscheidung gefunden werden.

#### Erfahrungen mit dem Modell


Entwickelt und angewendet wurde das Bezugsgruppenmodell bei großen Aktionsveranstaltungen, die viel Vorbereitung erforderten: bei der Besetzung der Atomkraftwerksanlagen in Seabrook (USA), den Blockaden in Brokdorf und Ramstein 1981, der Besetzung des Bohrlochgeländes 110 in Gorleben 1979/80 und den internationalen Märschen für Entmilitarisierung in Europa.

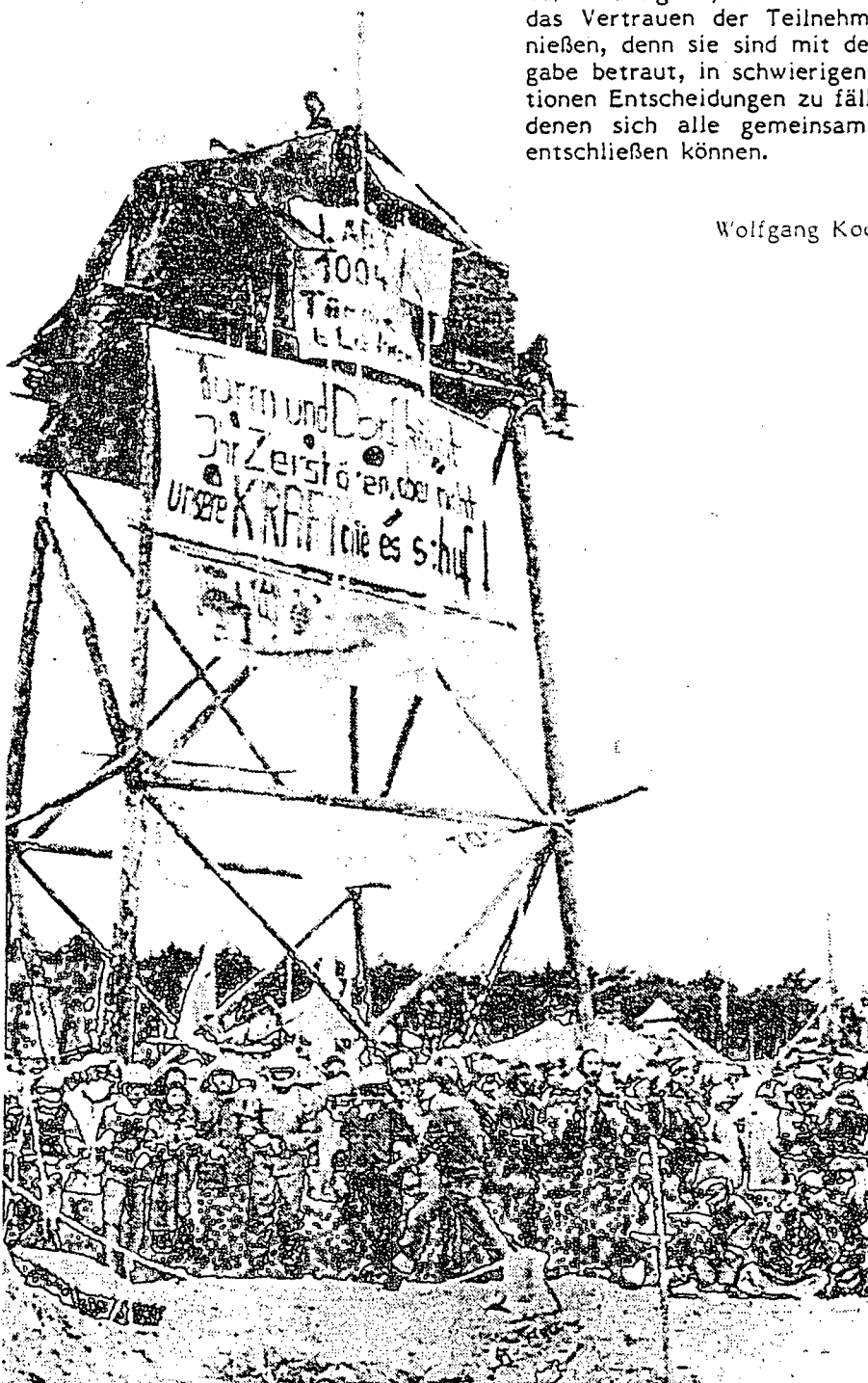
Am 6. Internationalen Marsch (August 1981 in Holland) wurden im Laufe der ersten drei Tage über 70 Bezugsgruppen gebildet. Teilweise kannten sich die Teilnehmer bereits aus ihrem Heimatland, teilweise fanden sie sich erst zusammen. Während die Bezugsgruppen in einem Zeltlager eine ganze Palette von Aktionen vorbereiteten - Straßentheater, Menschenteppiche, Mahnwachen, Fastenaktionen, Besetzungen von Botschaften - schleppte sich die Diskussion im Sprecherrat derart mühsam dahin, daß man bald über die "Bla-Bla-Gruppe" zu lächeln begann. Der Sprecherrat war zu groß; schwer wurde eine gemeinsame "Konferenzsprache" und ein Übersetzungsmodus gefunden. Die Bezugsgruppen reagierten, indem sie erst die fertigen Aktionspläne dem Sprecherrat vorlegten. Der wiederum konnte jede Aktion nur separat unterstützen, also nur ideell.

Das Modell der Entscheidungsfindung wurde durch diese und ähnliche Erfahrungen zwar nicht widerlegt, zumindest aber für große Aktionen mit internationaler Beteiligung ein wenig relativiert. Klar wurde auch, daß wir nicht einfach gemeinsam miteinander arbeiten können, ohne zu bedenken, wie sehr wir im Normalleben auf genau gegenteiliges, nicht-solidarisches Verhalten trainiert worden sind: auf Konkurrenzverhalten und Durchsetzungswillen.

Große Sprecherräte sind nicht in der Lage, schnell Entscheidungen zu treffen. Aber gerade bei Platzbesetzungen, Demonstrationen an Bauzäunen, Kasernen oder Manövergeländen treten schnell hintereinander viele unterschiedliche Konflikte auf, die mit dem Sprecherrat allein nicht zu lösen sind.

Um diesen Mangel zu beheben, kann aus dem Sprecherrat ein Komitee von Entscheidungsträgern gewählt werden: 3 Personen - das Notstandskomitee. (Ein Beispiel ist die "Megaphongruppe", die 1981 am Bauplatz in Brokdorf gewählt wurde). Wichtig ist, daß diese 3 Leute das Vertrauen der Teilnehmer genießen, denn sie sind mit der Aufgabe betraut, in schwierigen Situationen Entscheidungen zu fällen, zu denen sich alle gemeinsam nicht entschließen können.

Wolfgang Koch 



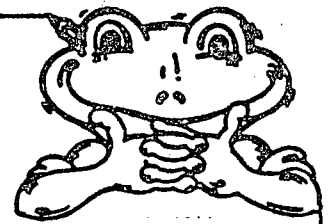
4. - 11. NOVEMBER

VOLKSBEGEHREN

GEGEN

ABFANGJÄGER

TERMINE



Eintragungswoche für das Volksbegehren  
gegen Abfangjäger 4. - 11. November 1985

Anti-Abfangjäger-Aktivist/inn/en-Treffen  
in Wien 10. Sept., 18 Uhr, Rotstiltzchen  
(Margaretenstr.99)

Anti-Abfangjäger-Aktivist/inn/en-Treffen  
in Linz 11. Sept., 19.30 Uhr, Be-  
triebsseminar Kapuzinerstr.49

Fest gegen Abfangjäger  
14. Sept., 14 Uhr, Denzelpark, 1060  
Wien, Linke Wienzeile 24 (Kabarett,  
Musik, Essen, Trinken, Spiele)

Anti-Abfangjäger - Treffen der Be-  
zirksgruppe Wien 16./17. 14. Sept.,  
14 bis 18 Uhr, JZ Ottakring,  
Ottakringerstr.200

Gewaltfreier Widerstand gegen Abfang-  
jäger - Strategie Seminar 14./15.Sept.  
in Zeltweg (Auskunft: IVB, Tel:485332)

Abfangjäger-Fest  
27. Sept., 19.30 Uhr, Betriebszentrum  
der VÖEST (Linz), Wahringerstr. 30

Schmetterlinge statt Abfangjäger  
1. Okt. 20 Uhr, im Audu Max der Alten  
Uni Wien (mit Schmetterlinge, Otto  
Tausig u.a.)

Wiener Treffen der Anti - Abfang-  
jäger - Aktivisten/innen

5.Okt., 14 Uhr, in der KHG  
Ebendorferstr.8 1010 Wien

Friedensforum: Perspektiven "Was kommt  
nach dem Volksbegehren?"  
30.Oktober, 19.30, 1010 Wien, Schotteng.  
3a/1/4/59

Südafrika-Demonstration 18. Sept., 17 Uhr vom Rathausplatz,  
Schlußkundgebung am Ballhausplatz

Solidaritätsfest: "Chile kämpft - Nicaragua lebt"  
20. Sept., 20 Uhr, Posthof Linz mit der chilenischen Gruppe  
Likon Antai)

Zeitungsseminar des Gewaltfreien Widerstandes  
5.-6. Oktober, Ort wird Interessenten bekanntgegeben (Nähe  
Wien) Anmeldung bis spätestens 20. September an Redaktion

Seminar - Mädchen in der Jugendarbeit 5.-6. Oktober  
Anmeldung: Jugendtreff Gaswerk, c/o Elisabeth Lücke-  
Lindenthal, Pradlerplatz 6b, 6020 Innsbruck, Tel.: (05222)  
42 1 66 Anmeldeschluß 13. Sept. 1985

Großdemonstration gegen die WAA in München  
12. Okt., Kundgebungen in den österr. Bundeshauptstädten  
Information: Konrad-Lorenz-Volksbegehren, Tel.:43 59 38

30 Jahre Bundesheer - Paraden in allen Bundesländern  
26. Okt., vor eurer Haustür - Gegenaktionen ?

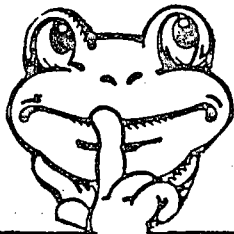
Großaktion der Friedensbewegung 27. Okt. 1985, Wiener  
Stadthalle (Kulturprogramm und Fackelzug zu einem  
Regierungsgebäude)

Friedensforum: "Soziale Verteidigung"  
20.Nov., 19.30, 1010 Wien, Schottengasse 3a/1/4/59

"les strategies civiles de defense/civilian defence  
strategies" 27. - 29. Nov. 1985, Straßburg Internationale  
Konferenz (Sprachen: engl.,franz.), Veranstalter: Institut  
de Recherche sur la Resolution non-violente des Conflits;  
I.R.N.C. 126 Bd H. Sellier - 92150 Suresnes - France

Netzwerk-Treffen "Soziale Verteidigung"  
29.-30.Nov., Anmeldung und Information: Thomas Honsig 4150  
Rohrbach, Tel. 07289-6183

Forumtheater der Gruppe Wieg  
21./23./29. November - "Übergriffe"  
22./28./30. November - "Fein sein - beinander bleiben!"  
Ort: JZ Zeltgasse, 1080 Wien, Zeltgasse 7



## IMPRESSUM

Verleger u. Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit;  
1010 Wien Schottengasse 3a/1/4/59 (Tel.:0222/63 80 653) \* Redaktion: ebendort \* Hersteller: HTU, 1040 Wien,  
Argentinierstr. 8 \* Redaktion: Gudrun Gerlitz, Bettina Kolb, Peter Kolba, Andreas Mader, Günther Ogris, Vera  
Ribarich, Günter Wittek \* Mitarbeiter: Andreas Stadler, Ernst Chocherr, Heinz Hattinger, Wolfgang Koch, Markus  
Lehner, Christian Mokricki, Peter Steyrer \* Graphik: Herbert Keimrath \* Lay out: Peter Kolba, Andreas Mader



## EDITORIAL

Im vorigen Herbst begannen wir im GW am Beispiel Wackersdorf die Gewaltfrage zu diskutieren. Mit den Ereignissen des 26. Feber rund um den Opernball hat dieses Thema auch in Österreich Aktualität bekommen.

Wir versuchten, das Geschehen ausführlich aufzuarbeiten, und darüber hinaus auch zur Entwicklung von "Vorwärtstrategien" anzuregen, die weg von blutigen Schlachten, hin zu erfolgreichen und gewaltfreien Widerstandsformen führen sollen. Dazu stellen wir einen Bericht eines "Sägefisches" über das Fällen von Strommasten zur Diskussion.

Zur grundlegenden Auseinandersetzung mit der Rolle der Polizei planen wir einen eigenen GW-Schwerpunkt für die übernächste Nummer. Dazu wird es in der Antimilitaristischen Gruppe Wien auch eine eigene Arbeitsgruppe geben. Ein Vorbesprechungstreffen findet am 5. Feber um 14:00 Uhr in der Schottengasse 3a/1/59 statt. Welche/wer mitmachen will, ist dazu herzlichst eingeladen.

Für den nächsten GW bereiten wir einen Schwerpunkt "Ökologie und Militarismus" vor. Der Redaktionsschluß dieser Nummer ist am 27. April.

Wir möchten euch auch wieder um Reaktionen bitten. Beteiligt euch doch am GW und schreibt Artikel oder Leserbriefe. Oder kommt zur offenen Nachbesprechung dieser Nummer, die am 9. April im Rahmen des RätInnenrates der Antimilitaristischen Gruppe Wien stattfinden wird.

Zur Erinnerung: Das Abo kostet S 100.- (Ausland: S 120.-); der Mitgliedsbeitrag beträgt S 250.- (für Nichterwerbstätige S 200.-) und die Kontonummer ist:

BAWAG 10010-670-573 (ARGE ZD).

Wir brauchen die Gelder ganz dringend, weil wir den GW sonst einfach nicht mehr finanzieren können. Zahlt daher bitte im Voraus ein. Falls ihr noch kein Abo oder keine Mitgliedschaft habt, überlegt es euch doch bitte einmal.

In diesem Sinne:  
Servus, pflart euch, bis zur nächsten Nummer.

# INHALT

<u>Gewissenstäter</u>	<u>Haft und Begnadigung für Tiroler Waffenverweigerer</u>	<u>3</u>
	Manfred Henn	
<u>Auf Dienst mit der Waffe folgt Strafe</u>	<u>Die Totalverweigerung des Grazers Peter Kranebitter</u>	<u>6</u>
<u>Im Namen der Republik</u>		<u>8</u>
<u>THEMA OPERNBALL:</u>		
<u>Grüne Terroristen</u>		<u>9</u>
<u>Das Chaos ist ...grün</u>		<u>12</u>
<u>Ob gewaltfrei oder militant</u>	<u>Interview mit Robert Jungk</u>	<u>14</u>
<u>Hauptsache: Widerstand</u>	<u>über den Balkkrawall</u>	
<u>Wenn der Strommast fällt</u>		<u>16</u>
<u>Kurzmeldungen</u>		<u>19</u>
<u>Luft zum Atmen</u>	<u>Rüstungskontrolle und Demokratisierung unter Gorbatschow</u>	<u>21</u>
<u>Bulgarien</u>		<u>22</u>
<u>AIDS - ein Thema</u>		<u>24</u>
<u>SPORT</u>		<u>25</u>
<u>Waffenproduktion m.b.H.</u>	<u>Die Gründung einer österreichischen Waffen-Holding steht bevor</u>	<u>26</u>
<u>Buch</u>		<u>29</u>
<u>Meinungen</u>		<u>30</u>
<u>Termine und Kontakte</u>		<u>31</u>

## Impressum:

HerausgeberIn und VerlegerIn: Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit; 1010 Wien, Schottengasse 3a/1/4/59; Telefon: (0222) 63 80 653 \* Redaktion ebendort  
 HerstellerIn: HTU-Druck; 1040 Wien, Argentinierstraße 8  
 Redaktion: Christian Flicker, Gerhard Kettler, Günter Wittek, Markus Kemmerling, Thomas Tobisch  
 Mitarbeiter/innen: Andreas Mader, Christian Mokricky, Christof Kurzmann, Ernst Chorcherr, Gerda Ehs, Heinz Hattinger, Otmar Chorcherr, Peter Kranebitter, Peter Steyrer, Tristan Sindelgruber  
 Fotos von: Österreichische Bundestheater, Michael Kothe, Robert Newald, Thomas Vanorek und einem anonymen Freund  
 Lay Out: Christian Mokricky, Gustav Staufer



## THEMA: OPERNBALL

# Das Chaos ist... grün

Auf welcher Seite sind nun die nicht identifizierbaren Provokateure und Gewalttäter zu finden? Meiner Meinung nach sicherlich nicht in den Reihen jener Demonstrant/inn/en, die es satt haben, diesen alljährlichen Ball des Kapitals, als "österreichisches Fest" zu akzeptieren. Menschen deren Ziel es ist, die Perversion unseres gesellschaftlichen Systems (und diese Perversion wird gerade durch diese Jahr für Jahr stattfindende Provokation klar erkennbar), aufzuzeigen und dagegen anzukämpfen.

## Vermummung

Stellt die Vermummung tatsächlich ein Problem dar? Dieses Faktum wird nur durch offizielle Stellen und bürgerliche Medien zum Problem hochstilisiert, um Unsicherheit in der Bevölkerung zu erzeugen. In Wirklichkeit ist die Vermummung bloßer Schutz und Protest, gegen die allzeit präsente Stapo samt ihren Kamerateams. Wer jedoch wirklich nicht zu identifizieren ist, das sind jene Polizisten, die an besagtem Abend sich ihr eigenes Fest veranstalteten. Ohne in die Gefahr zu geraten, jemals zur Verantwortung gezogen zu werden, läßt sich der Frust über den abendlichen Einsatz leicht an den Demonstrant/inn/en abbauen. Eindeutig zu identifizieren sind jedoch die Einsatzleiter jener Prügelorgie; jene Abgeordnete der Grünen, die sich immer mehr dem derzeit herrschenden System anbiehern und die Demonstrant/inn/en diffamierten; aber auch jene Personen, die erst zur Demonstration geführt haben, jene Vertreter des Kapitals und Bürgertums die den Protest an ihrer menschenverachtenden Lebensweise einfach wegprügeln lassen.

Fielen die Reaktionen der offiziellen Stellen und der Massenmedien erwartungsgemäß aus, so enttäuschte mich die Haltung der Parteispitze der Grünen besonders. Während der Demo, bei der sie als Veranstalter

austraten, forderten sie die Demonstrant/inn/en auf (trotz der Ankündigung der Polizei zu räumen), noch bis zum angemeldeten Ende zu bleiben. Gerade für jene Demonstrant/inn/en, die dieser Aufforderung Folge leisteten, gab es am nächsten Tag bei der Stellungnahme der grünen Repräsentationsfiguren eine kräftige Ohrfeige. Obwohl diese Ohrfeige nur rhetorischerfolgte, fühlte man erneut die Schläge des Vorabends. Zuerst die Köpfe hinhalten müssen und dann noch eine von denen drauf, für die man am Vorabend als Demomasse gut genug war. Es ist natürlich einfacher sich von ein paar Demonstrant/inn/en zu distanzieren, die nicht dem grünen Klischee entsprechen, als sich mit der Staatsgewalt auseinanderzusetzen. Denn wozu eine Auseinandersetzung, wenn man sich ohnehin mit diesem System einverstanden erklärt und selbst einen Platz am Futtertrog der Macht fordert.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch die letzten roten Flecken vom grünen Lodenmantel rausgebürstet sind. Jene Flecken nämlich, die es wagen, an der Gewaltfreiheit und Volksverbundenheit der Exekutive zu zweifeln. Sollen sie (die Flecken nämlich) sich doch auf die andere Straßenseite begeben - grün und grün muß sich doch verstehen, und sich von jenen distanzieren, die zwar politisch aktiv und informiert sind, es aber nicht einsehen wollen, daß man aus politischer Aktivität auch materiellen Nutzen ziehen kann. Materiellen Nutzen, indem man/frau der Wählermasse etwas vorgaukelt und sich selbst den Arsch auf Parlamentssesseln wärmt.

## Rolle der Massenmedien

Von den etablierten Massenmedien kann man sich solange keine zustimmende Reaktion erwarten, solange man die Interessen des Kapitals aufzeigt und in Frage stellt. Objektivität wird es von dieser Seite niemals geben, da auch diese konkrete Interessen vertreten und verfolgen. All das wurde

ja anhand der Berichterstattung über die Demo mehr als bestätigt.

## Gewaltfrage

Ein paar Flaschen und Leuchtraketen können nicht als ernstzunehmender Widerstand gegen die Staatsgewalt gesehen werden. Sie dienen zur Zeit nur dazu, Demonstrant/inn/en in der veröffentlichten Meinung zu diffamieren und rufen Spaltungen innerhalb der Widerstandsbewegungen hervor. Doch dieser Prozeß der Gegenwehr könnte schon bald in eine ganz andere Richtung verlaufen. Denn sind diese derzeit nur hilflosen Versuche der Gegenwehr gegen eine immer bedrohendere und offensichtlicher werdende Staatsgewalt nicht die ersten Schritte zu einem Widerstand, der sich nicht mehr von offizieller Seite planen und kontrollieren läßt? Schritte hin zu einem Widerstand, der sich nicht mehr nur strikt an die gestatteten Formen des Protests hält, um das System als Ganzes in Frage zu stellen. Dies in einer Weise, die eine Reaktion des Systems provoziert und nicht, wie es bisher geschah, Protest als Mittel der persönlichen Beruhigung und Abnützung, als Absicherung der herrschenden Klasse. Unsere derzeitigen Protestformen führen niemals zur direkten Konfrontation. Es werden stets irgendwelche Schreiberlinge, "Ordnungshüter", etc. dazwischengeschaltet, die als Puffer dienen, durch den unser Widerstand abgefangen wird und die Verantwortlichen weiterhin ungeschoren davorkommen.

Über die Frage der Gewaltanwendung muß natürlich innerhalb der neuen Protestbewegung ausführlich diskutiert werden. Auf keinen Fall darf sich unser Gewaltbegriff auf die vorgegebenen Definitionen des Kapitalismus stützen. Dieser Widerstand soll radikal, aggressiv und phantasiereich sein, er soll Inhalte vermitteln und Zusammenhänge verständlich machen. Er darf nicht länger hinter Absperrungen der Polizei stattfinden, sondern muß sich direkt an die Verantwortlichen des derzeitigen "Law and Order - Establishments" richten. Dieser Widerstand muß unsere Antwort auf die Unmenschlichkeit unserer gesellschaftlichen Strukturen sein, denn, wie wir es schon im letzten "Autonomen Stadt - Info" lesen konnten, wird Freiheit nicht erbettelt, sondern erkämpft!

Tristan Sindelgruber

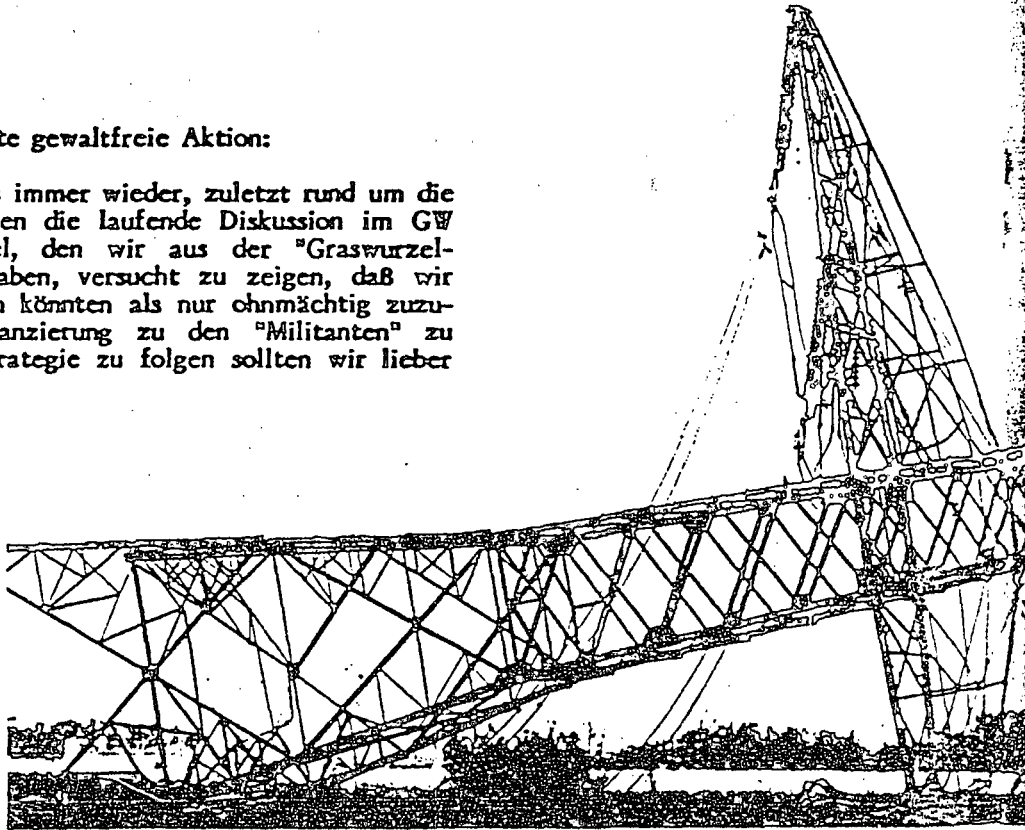
# Wenn der Strommast fä

## Überlegungen zur Sabotage als direkte gewaltfreie Aktion:

Die Gewaltfrage stellte sich für uns immer wieder, zuletzt rund um die Ereignisse des Opernballs. Wir wollen die laufende Diskussion im GW weiterführen. Der folgende Artikel, den wir aus der "Graswurzelrevolution" Nr. 110 übernommen haben, versucht zu zeigen, daß wir "Gewaltfreien" mehr Antwort bieten könnten als nur ohnmächtig zuzuschauen oder uns mit einer Distanzierung zu den "Militanten" zu begnügen. Anstatt einer Spaltungsstrategie zu folgen sollten wir lieber eine konstruktive Diskussion führen.

*"Um eine radikale Revolution zu machen, muß man also die Stellungen und Dinge angreifen, das Eigentum und den Staat zerstören, dann wird man nicht nötig haben, Menschen zu zerstören und sich zu der unfehlbaren, unvermeidlichen Reaktion zu verurteilen, die in jeder Gesellschaft das Massaker von Menschen stets herbeiführte und stets herbeiführen wird."*

Michail Bakunin



## Das Verhältnis von individuellem Risiko zum Nutzen

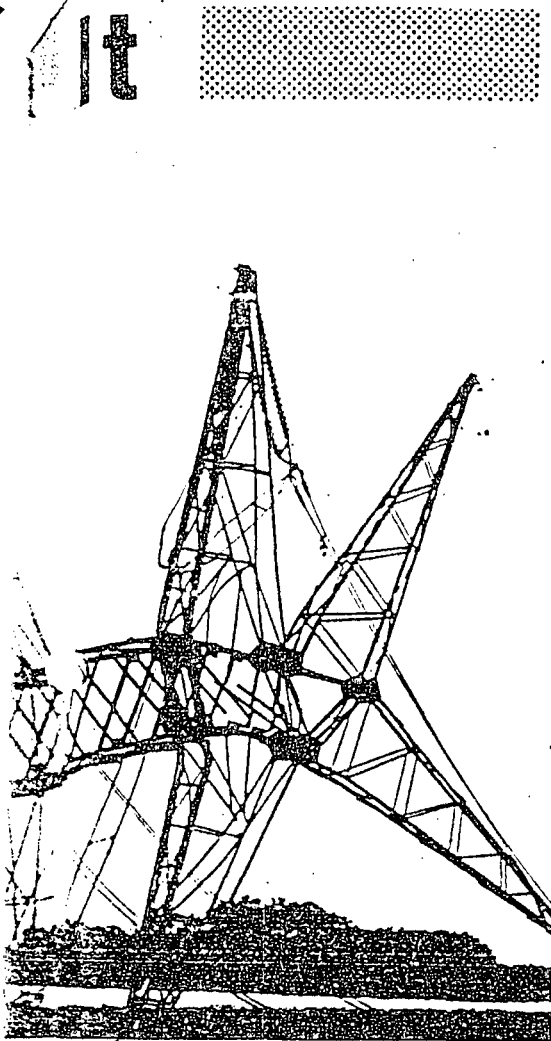
Zunächst einmal: ungefährlich ist die Sache nicht. Vor jeder leichtfertigen und überstürzten Handlung muß gewarnt werden. Die Vorbereitungszeit dauerte in meinem Fall über zwei Monate. Besonders wichtig ist es, die Stelle des Strommastes sorgfältig auszusuchen. Dabei sollte darauf geachtet werden, daß der Mast auf freiem Feld steht und zwischen den zwei jeweils anschließenden Masten keine Straßen sind. Es könnte sein, daß der fallende Mast einen oder mehrere weitere Masten umwirft oder so beschädigt, daß das darunterliegende Gebiet unter Spannung steht. In einem Fall fuhr später ein Auto in die Spannungs-kabel und es gab Verletzte. Solche Möglichkeiten sollten durch eine gute Auswahl des Ortes soweit wie möglich ausgeschlossen werden.

Desweiteren sind Fluchtwege vor auszuplanen. Sie sind sehr wichtig,

weil die Stromkonzerne den Schadensstandort sofort lokalisieren können. Die Aktion kann mit gewöhnlichen Eisesägen durchgeführt werden. Anleitungen waren z. T. schon in der taz und verschiedenen Zeitschriften abgedruckt. Außerdem kursieren viele Beschreibungen und Sägeanleitungen von "Revolutionären Heimwerkern" in der Szene. Sie sollten vor der Aktion ausführlich diskutiert und miteinander verglichen werden, denn leider sind einige dieser Anleitungen mindestens ungenau, wenn nicht verantwortungslos. Sehr vorteilhaft wäre es auch, sich bei vertrauenswürdigen Leuten zu erkundigen, die etwas von Elektrizität verstehen. Ihr Rat gehört zu dieser Aktion wie der Rat des Rechtsanwalts zu anderen gewaltfreien Aktionen. Es sei auf einen Fall in Frankfurt hingewiesen, als sich eine Frau in noch nicht geklärtem Zusammenhang mit einer Sägeaktion schwere Verbrennungen zuzog. Schließlich empfiehlt sich trockener Boden, ebenso wie trockene Luft, kein Nebel. Für den Anfang muß mensch ja nicht gleich den allergrößten Masten nehmen. Mit diesen

Vorsichtsmaßnahmen kann das Risiko der Verletzung von Personen, vor allem natürlich der eigenen Person weitgehend minimiert werden - völlig ausgeschlossen werden kann es nicht, schon deshalb nicht, weil ein eventuelles Reißen der Kabel die Gefahren immens steigert. Zwar könnte dem entgegeng gehalten werden, daß auch bei anderen gewaltfreien Aktionen Verletzungen, ja der Tod von Menschen nur denkbar minimiert, aber nicht ausgeschlossen werden können. Schließlich brachte schon die Beteiligung an einer legalen Demonstration in Wackersdorf zwei Menschen den Tod durch Polizei und CS-Gas. Doch hier ist der Punkt, an dem jede/r Aktivist/in selbst Risiko und Nutzen von Sabotage individuell abwägen muß. Leider spricht dies nicht gerade für eine Massenperspektive solcher Aktionen.

Auf eine weitere, ähnlich gelagerte Problematik sei hingewiesen: während bei breiten Kampagnen Zivilen Ungehorsams das individuelle Risiko von Strafverfolgung, Knast und Repression kalkulierbar bleibt,



sorgt die hohe zu erwartende Strafe bei Festnahme nach einer Sabotageaktion dieser Art (über ein Jahr Knast ist ziemlich sicher) für ein weiteres Risiko: mensch darf sich unter keinen Umständen erwischen lassen. Daß bisher noch kein Sägefisch erwisch wurde, ist keine Garantie. Am ersten besten kann dafür ein Exempel statuiert werden. Über die individuelle Bereitschaft, dieses Risiko einzugehen, sollte vorher ausführlich in der Gruppe diskutiert werden. Manchmal steigen Leute erst dann aus, nachdem sie ganz persönlich ihr eigenes Risiko mit dem Nutzen abgewogen haben. Es wäre unverantwortlich, dies nicht für legitim zu halten - ebenso wie es unverantwortlich ist, diese Aktion als leicht und ungefährlich zu propagieren. Leider spricht auch dies gegen eine Massenperspektive.

#### Absägen von Strommasten als direkte gewaltfreie Aktion

Weshalb habe ich mich aber nach Abwägung von Risiko und Nutzen doch entschieden, einen Masten zu fällen - zumal wenn ich, was ich für

sehr wichtig halte, jegliche Art von Heldenmythos ablehne? Die Antwort hat sehr viel mit Inhalten zu tun, die ich persönlich mit der Aktion verbinde. Erstens hat die Anti-AKW-Bewegung nach den Zaunschlachten von Brokdorf und Wackersdorf an Pfingsten und im Juni letzten Jahres mehr oder weniger reflektiert unter anderem auch zu dezentralen Sägeaktionen gegriffen. Ich sehe das als eine Flucht nach vorn an. Während am Bauzaun die Polizei den Platz hält und verteidigt, provoziert und Aggressionen auf sich zieht, also agiert - hat die Bewegung wesentlich auf die Polizeibrutalität reagiert. Ich sehe in den Sägeaktionen zunächst den Versuch, wieder selbstbestimmt und dezentral, also für den Gegner unberechenbar zu agieren.

Zweitens sehe ich im Absägen von Strommasten die direkte praktische Umsetzung meiner Gesellschaftskritik: Geschädigt wird unmittelbar der Atomstromkonzern, den ich durch Giroblau und StroBo so gerne treffen würde, es ohne eine gewaltfrei-libertäre Massenbewegung aber nur in Ansätzen kann. Zudem störe ich durch die Aktion das zentralisierte Hochspannungsnetz selbst und äußere dadurch auch praktisch meine Kritik an solchen (teilweisen auch grünen) Ausstiegsszenarien, die bloß auf eine Verstaatlichung der von monopolistischen Stromkonzernen kontrollierten Hochspannungsmasten hinauslaufen. Ob monopolistisch oder verstaatlicht - ich bekämpfe jede Art von zentralisierter Energieversorgung, die dezentralisierter, kommunalisierter Energieproduktion auf niedrigerem Niveau entgegensteht.

Drittens gefällt mir der handwerkliche Charakter der Aktion. Und zwar deshalb, weil ich durch diese Aktion auch das Industriesystem an sich kritisieren will, das Techniken wie z.B. die Atomtechnik produziert und hervorbringt, die rein zerstörerisch wirken und eben nicht auch positive, "friedliche" Eigenschaften und Nutzungsmöglichkeiten haben. Die Benutzung eines Handwerkszeugs wie der Säge bei der Aktion verdeutlicht, daß ich rein destruktive Technik (Sprengstoff, Mollis, Brandsatz oder Bombe) abschaffen will. Die Säge als Handwerkszeug kann destruktiv und schöpferisch sein - sie kann zerstören und helfen, aufzubauen.

Viertens schließlich halte ich es für wichtig, diese Sabotageaktion

auch in weiterem Sinne als gewaltfreie Aktion zu begründen. In der Aktion zerstöre ich gerade Eigentum, Sachen, Dinge, die alle keine Gewalt erleiden können - also ist meine Aktion keine Gewalttat. Indem ich die Aktion gewaltfrei begründe, bestimme ich selbst, was ich unter Gewaltfreiheit zu verstehen habe und lasse mich nicht vom Staat in die Terrorismus-Ecke stellen. Hier eröffnet sich eine wichtige Auseinandersetzung um Begriffe. Ich will dem Staat nicht die Definitionsmacht über das Überlassen, was Gewalt ist und was nicht. Gerade deshalb mußte Sabotage als gewaltfreie Aktion offensiv in die Öffentlichkeit getragen werden. Solange die Saboteur/innen nur im Subversiven agieren, haben sie gegen die Öffentliche Definitionsmacht des Staates keine Chance. Das stillschweigende Einverständnis vieler Bürger/innen wird von den Sabotierenden einfach vorausgesetzt, ist aber durch nichts garantiert, weil nicht öffentlich diskutiert. Die Brücke zu einer öffentlichen Diskussion schlagen könnte das öffentliche Ausstellen von demontierten Strommastschrauben, wie das von Hamburgergewaltfreien Aktionsgruppen praktiziert wird. Diese öffentliche Vermittlung halte ich für sehr wichtig, einerseits ist sie integraler Bestandteil aller gewaltfreien Aktionen, andererseits schützt Öffentlichkeit indirekt vor staatlicher Repression und Gleichsetzung mit Terrorismus.

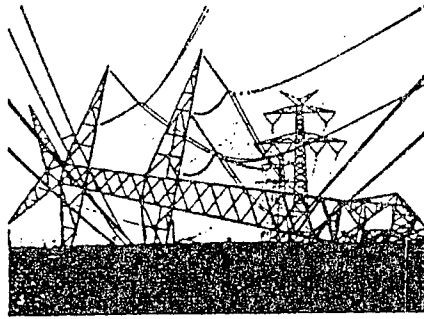
#### Allgemeines zu Sabotage und Gewaltfreiheit

"Die Zerstörung der 'falschen' Gegenstände muß zur Zerstörung des 'falschen' Bewußtseins führen. Wer Sachzerstörung oder -beschädigung vor allem am Ausmaß des herbeigeführten Schadens mißt, hat nur den Schatten des Widerstands erfaßt. Eine solche Sicht denkt in Kategorien militärischer Auseinandersetzung. In der Fähigkeit zu zerstören ist uns die Macht des Staates und des Kapitals jedoch allemal überlegen, denn diese Macht ist wesentlich auf menschen- und naturverachtende Gewalt aufgebaut. Sich auf die Ebene der militärischen Konfrontation zu begeben (d. h. darauf zu setzen, den Gegner durch Zufügen möglichst großen Schadens zu besiegen), hieße die Niederlage vorzuprogrammieren. Die Gefahr ist groß, daß angesichts der drohenden Niederlage nach immer stärkeren Mitteln gerufen wird und die Ver-

letzung oder das Töten von Menschen nicht mehr ausgeschlossen bleiben."

Daß diese Einschätzung richtig ist, zeigt die Entwicklung der Revolutionären Zellen (RZ), die ursprünglich von vielen Autonomen wegen ihrer Sabotageaktionen und Anschläge geschätzt wurden oder noch werden. Die Schüsse auf den Berliner Ausländerpolizeichef Hollenberg mögen jetzt viele schockieren, sie lagen aber in der Logik der Entwicklung der RZ. Ihre Aktionen, auch wenn sie keine Menschen trafen, wurden oft mit Waffen durchgeführt (Sprengsätze), waren meist auf hohen materiellen Schaden aus und wurden antiimperialistisch und eben nicht libertär-gewaltfrei begründet. Überhaupt ist der Begriff "Anschlag" problematisch: Anschläge können auch auf Menschen gemacht werden, der Unterschied zu den "Stellungen und Dingen" im Bakuninschen Sinne verschwindet.

Um aber Stellungen und Dinge wirksam zu zerstören, ist es gerade nötig, daß die beteiligten Menschen sich verweigern; daß sie die Stellungen nicht mehr tragen, ausfüllen. Sabotageaktionen müssen sich also daran messen lassen, inwieweit es gelingt, Strategien voranzutreiben, die auf Verweigerung des Gehorsams zielen. In unserem Fall: erst wenn die Strommasten niemand mehr aufbaut, ist die Propaganda der Tat erfolgreich. Dies kann nur dann passieren, wenn die Menschen wissen, daß die Aktionen nicht gegen sie gerichtet sind, d.h. wenn die Sabotage gewaltfrei begründet ist. Das hieße auch, daß bei Strommastaktionen möglichst darauf zu achten ist, daß es wenig Stromausfälle bei Verbraucher/innen gibt. Stromkonsument/inn/en sollen nicht geschädigt, sondern gewonnen werden. Ihre Sympathie soll geweckt werden, damit sie ihre Konsumkraft als Kampfmittel gegen die Atomstromkonzerne entdecken und so Giroblau oder StroBo-Perspektiven zu einer Massenbasis verhelfen. Diese Funktion fällt der Sabotage in einer gewaltfreien Strategie primär zu: sie soll helfen, Menschen dem System zu entziehen. Auf die Gefahr, durch Sabotage den Schaden auf die Konsument/inn/en abzuwälzen und dadurch einen kontraproduktiven Effekt zu bewirken, haben auch Anarchisten wie z.B. Max Nettlau hingewiesen. Weitere, vor allem holländische Libertäre der 20er und 30er Jahre haben die Sabotage einer gewaltfreien Massenverweigerungsstrategie untergeordnet. Sabotage



Leichter Strommast (bei Emschering: schon hier 98 abgebaut)

ist demnach kein Selbstzweck. Noch keine Revolution ist durch Sabotage ausgelöst worden, noch kein Staat ist rein materiell an seinem hohen Preisbankrott gegangen - im Gegenteil: hier muß darauf hingewiesen werden, daß der Staat mangelnde materielle Mittel durch Gewalt ersetzen kann: die Nazis weigerten sich z.B. die Schulden und Reparationen der Weimarer Republik weiterzuzahlen und beuteten per Arbeitsdienst und Zwangslager Arbeitskräfte unentlohnt aus.

### Sabotage und Ziviler Ungehorsam

In den Kämpfen der Arbeiterbewegung zeigt sich, daß Sabotage Reformen indirekt erzwingen kann. Langsam-Arbeiten und Maschinen-destruktion kosten mitunter den Kapitalisten so viel, daß ihnen sozialpartnerschaftliche Konzepte besser und billiger erscheinen. Wichtig ist hier, wahrzunehmen, daß es in dieser Sicht nicht die reformistischen Parteien waren, die dies erreichten, sondern die direkte Aktion der Arbeitenden durch u.a. Sabotage.

Die heutigen Möglichkeiten der Sabotage lassen sich ausgehend vom Volkszählungsboykott 1983 gut illustrieren. Zu dieser Zeit gab es viele Anschläge und Sabotageaktionen (vor allem der RZ) gegen Rechenzentren und Datenbanken. Sie gingen aber im öffentlichen Bewußtsein weitgehend unter. Was zum Erfolg der Boykottkampagne beitrug, war der ersichtliche Wille großer Teile der Bevölkerung, sich dem Staat zu verweigern. Aus dieser Erfahrung läßt sich wiederum schlußfolgern, daß hier Sabotage eigentlich überflüssig war. Wie wenig öffentlich unvermittelte Sabotageaktionen und Anschläge letztlich im allgemeinen Bewußtsein bleiben, zeigt das Beispiel der letzten großen Anschlagswelle nach dem RAF-Hungerstreik 1984. Nach vielen Anschlägen jubelte ein Kommentator der taz, die Anschläge hätten bisher bereits mehr materiellen Schaden angerichtet als die gesamte Friedensbewegung. Heute weiß jedoch kaum noch jemand von dieser Sabotagewelle - einmal ganz abgesehen von ihren Begründungen.

**A**ufgrund all dieser Beispiele und Erfahrungen würde ich vorschlagen, Sabotage als gewaltfreie Aktion Kampagnen Zivilen Ungehorsams unterzuordnen. Das hieße, daß in Phasen ohne Massenperspektive Sabotage unter bestimmten Bedingungen (u.a. wenn sie gewaltfrei begründet wird) zu einer Etablierung einer Massenbasis für Zivilen Ungehorsam beitragen kann. Ist die Massenbasis erreicht, entzieht der Zivile Ungehorsam die Menschen dem System und trifft es damit an dessen wichtigster Machtbasis. Sabotage wird in einer solchen Kultur des Zivilen Ungehorsams tendenziell überflüssig bzw. hat unterstützenden, begleitenden Charakter. Wichtig scheint mir aber zu sein, darauf hinzuweisen, daß Sabotage gerade nicht der entscheidende Faktor sein kann und deshalb eine Strategie Sabotage nicht in den Mittelpunkt stellen sollte. Unter Umständen könnte Sabotage heute eine unterstützende, vielleicht sogar vorantreibende Funktion für Kampagnen Zivilen Ungehorsams haben. Da heute Sabotage kaum gewaltfrei begründet wird, demonstriert ihre Praxis vor allem Mißtrauen in die Wirklichkeit von Kampagnen Zivilen Ungehorsams. Solange dies so bleibt, kann Sabotage keine große Hilfe für den Zivilen Ungehorsam sein. Auswege deuten sich an, wenn z.B. die dezentralen Blockaden in Wackersdorf von Sabotageaktionen unterstützt werden. Die Blockaden, die Aktionen Zivilen Ungehorsams also, bleiben aber im Mittelpunkt der Strategie der Bewegung.

Gewaltfreie Aktionsgruppen haben jedoch in ihren Orten eine Struktur des langen, gegenseitigen Kennenlernens; eine Sprachkultur, die gegenüber Verbalradikalismus und subversiver, nicht gemeinsam konsensmäßig beschlossener Aktion mißtrauisch ist - also Spitzeln und Polizeiprovokateuren die denkbar schlechtesten Chancen bietet. Gerade deshalb scheinen sie geeignet, Sabotageaktionen verantwortungsbewußt durchzuführen. Wenn lange in der Gruppe über Sabotage als gewaltfreie Aktion diskutiert wurde und sich vor allem über Mittel und Wege geeinigt wurde, eine öffentliche Vermittlung der Aktionen zu erreichen - dann könnten Ansatzpunkte gefunden werden, dem herrschenden Trend Sabotage als Terrorismus zu diffamieren, öffentlichkeitswirksam entgegengzutreten.

G. Waltfrei